

Westdeutscher Rundfunk 50600 Köln

Herrn F.Klinkhammer
f.klinkhammer@gmx.de
Herrn Volker Bräutigam
v.braeutigam@googlemail.com

Westdeutscher Rundfunk

Appellhofplatz 1 50667 Köln
Telefon +49 (0)221 220 2100
Telefax +49 (0)221 220 772100

Köln, 12. Februar 2016

Ihre Programmbeschwerde vom 12. Januar 2016 zur Tagesschau – „USA werfen Russland Tötung von Zivilisten in Syrien vor“ vom 30. Dezember 2015

Sehr geehrter Herr Klinkhammer, sehr geehrter Herr Bräutigam,

vielen Dank für Ihre E-Mail zur o.g. Sendung an den Norddeutschen Rundfunk, die ich am 12. Januar 2016 erhalten habe.

Da es sich bei dem Beitrag von Ina Ruck um einen Beitrag des Studio Moskau handelt, wurde Ihre Beschwerde weitergeleitet. Hinsichtlich Ihrer Vorwürfe zu dem Bericht werde ich im Folgenden gerne antworten.

Sie kritisieren „*US-fromme Hofberichterstattung*“ und „*Verlautbarungsjournalismus*“. „*Beschuldigungen der ‚Menschenrechtsorganisation‘ Amnesty International gegen Russland*“ würden wiedergegeben, ohne zu thematisieren „*worauf besagte Anklagen sich stützen*“. Grundlage seien die Angaben örtlicher Oppositioneller, worunter auch Terroristen zu verstehen seien. Amnesty habe über keine eigenen, zuverlässigen Quellen verfügt und dennoch vorher keine Stellungnahme Moskaus eingeholt. Es hätte Ihrer Ansicht nach zumindest erwähnt werden müssen, dass das russische Verteidigungsministerium die Vorwürfe von Amnesty International nicht nur zurückgewiesen, sondern verlangt hat „*endlich prüfbare Daten und Beweise vorzulegen*“. Des Weiteren kritisieren Sie, unserer Korrespondentin würde „*den saudi-arabischen Massenmörder und Terroristen Alloush in den Rang eines ‚Rebellen‘ erheben und als friedensbereiten ‚Islamistenführer‘ darstellen*“.

Sie sehen einen Verstoß gegen „*Programmrichtlinien der Staatsverträge über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk*“. Zu diesen gehöre u.a. „*Informationen vollständig zu geben*“ und „*unterschiedliche Sichtweisen und Anschauungen unbedingt zu berücksichtigen*“. In der Sache ist hier daher von einer Rüge des § 5 Absatz 6 Satz 1 und 2 WDR-Gesetz auszugehen. Ihr Schreiben werde ich als förmliche Programmbeschwerde im Sinne von § 10 Absatz 2 WDR-Gesetz.

Damit einer Beschwerde stattgegeben wird, ist es nicht ausreichend, dass der Beitrag nach Auffassung des Beschwerdeführers oder ggf. des WDR kritikwürdig ist. Es muss vielmehr ein spezifischer Rechtsverstoß bezogen auf die im WDR-Gesetz vorgeschriebenen Grundsätze für das Programm vorliegen.

Nach eingehender Prüfung auf Basis einer von der Redaktion eingeholten Stellungnahme komme ich zu dem Ergebnis, dass die von Ihnen erhobenen Vorwürfe nicht zutreffen und ich Ihrer Programmbeschwerde daher nicht abhelfen kann. Es bleibt Ihnen unbenommen gegen diesen Bescheid den Rundfunkrat des WDR innerhalb eines Monats ab Zugang anzurufen. Dabei hat der WDR-Rundfunkrat, wenn er sich mit der Programmbeschwerde befasst, dieselben rechtlichen Vorgaben zu berücksichtigen wie der Intendant. Die Anrufung ist zu richten an: WDR Köln, Geschäftsstelle des Rundfunkrats, 50600 Köln oder WDR Köln, Intendanz, 50600 Köln.

Gerne erläutere ich Ihnen, wie ich zu meiner Einschätzung gelangt bin:

Regelungsgehalt der in § 5 Absatz 6 Satz 1 und 2 WDR-Gesetz normierten Programmgrundsätze sind Unabhängigkeit und Sachlichkeit bei der Nachrichtengebung sowie die Wahrung der journalistischen Sorgfalt bei der Nachrichtengebung: Nachrichten sind vor ihrer Verbreitung mit der erforderlichen journalistischen Sorgfalt auf Inhalt, Herkunft und Wahrheit zu prüfen.

Dies beinhaltet auch die Verpflichtung „vollständige Informationen“ insoweit zu geben, als durch das Weglassen von wichtigen Informationen kein falscher Eindruck beim Publikum entstehen darf. Es ist jedoch zu beachten, dass der Redaktion im Hinblick auf die verfassungsrechtlich geschützte Rundfunkfreiheit, die im Kern Programmfreiheit ist, ein weiter Beurteilungs- und Entscheidungsspielraum darüber zukommt, was als wichtig zu erachten ist. Hierbei spielen u. a. das Sendungsformat und der intendierte Sendeinhalt eine maßgebliche Rolle.

Sie behaupten, *„statt informativer Gegenrecherche ließ die Redaktion die Korrespondentin Ina Ruck lediglich im anschließenden Reporterbericht mitteilen, ein Sprecher des Verteidigungsministeriums habe auch die neuen Beschuldigungen aus Washington zurückgewiesen.“*

Tatsächlich jedoch konkretisiert der Beitrag die Aussagen aus dem russischen Verteidigungsministeriums, im Sendemanuskript lautet die Passage wie folgt:

O-Ton: Mark Toner / Sprecher Außenministerium USA:

„Natürlich sind wir tief besorgt. Besonders auch deshalb, weil wir einen deutlichen und sehr verstörenden Anstieg von Berichten über zivile Opfer sehen, seitdem die Russen ihre Angriffe gestartet haben.“

„Russland fliegt seit dem September Luftangriffe in Syrien. Menschenrechtsorganisationen erheben schwere Vorwürfe. Vor einer Woche sagte Amnesty International, Russland setze Streumunition auch in Wohngebieten ein. Und vertusche die hohe Zahl zivi-

ler Opfer. Moskau wies diese Vorwürfe als Provokation zurück. Auch die jüngste Kritik aus Washington konterte ein Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums heute mit scharfen Worten. Es seien unbegründete Anschuldigungen, die an die Auftritte von Hypnotiseuren auf dem Jahrmarkt erinnerten.“

Die Korrespondentin gibt beide Dementis Moskaus mit konkreter Begründung und Bezug auf den Wortlaut wieder: Den Konter hinsichtlich der Vorwürfe von Amnesty International einerseits und die Zurückweisung der Anschuldigungen aus dem US-Außenministerium andererseits.

Die Quellenangabe „Amnesty International“ – wie sie Ina Ruck korrekt angegeben hat – war für die nachrichtliche Darstellung des Themas im *Tagesschau*-Bericht entscheidend und ausreichend.

Es war ebensowenig zwingend erforderlich, die im Rahmen der Zurückweisung der Vorwürfe geäußerte Forderung des russischen Verteidigungsministeriums nach Daten und Beweisen im Detail aufzuführen. Ina Ruck stellt die Kritik der russischen Seite ausreichend dar. Eine vollumfängliche Darstellung des in diesem Zusammenhang Gesagten ist zum Verständnis der konträren Positionen weder nötig noch im Rahmen eines Nachrichtenbeitrages von 1:30 Minuten möglich.

Die Zuschauerinnen und Zuschauer können auf der Grundlage der im Beitrag enthaltenen Informationen die Nachrichtenlage zu der Kontroverse um die Amnesty-Vorwürfe nachvollziehen und einordnen. Es ist daher nicht davon auszugehen, dass ein falscher Eindruck über die Kontroverse erweckt wurde.

Sie beziehen sich weiterhin auf eine Textpassage, in der es um einen Mann geht, den Sie den „saudi-arabischen Massenmörder und Terroristen Alloush“ nennen: Sie kritisieren hierbei, Ina Ruck erhebe Alloush „in den Rang eines ‚Rebellen‘ und (stelle ihn) als friedensbereiten ‚Islamistenführer‘ (dar).“ Tatsächlich sagt unsere Korrespondentin lediglich:

„Am Freitag war ein Anführer syrischer Rebellen durch russische Angriffe getötet worden. Er hatte eine Islamistengruppe geführt, die sich bereit erklärt hat, an Friedensverhandlungen teilzunehmen.“

Das korrekte wörtliche Zitat enthält also keineswegs eine Charakterisierung und Bewertung als „friedensbereiter Islamistenführer“, sondern die sachliche Information, dass Alloush' Islamistengruppe zu den Friedensgesprächen kommen will.

Sie kritisieren zusammenfassend „auf ganzer Linie: liebedienerische US-Propaganda in Reinkultur auf deutsch“ und „USA-Hofberichterstattung vom Widerwärtigsten.“ Diesen Vorwurf kann ich nicht nachvollziehen: Die Fakten in dem von Ihnen kritisierten Bericht unserer Korrespondentin sind ausnahmslos richtig, eine Falschdarstellung ist nicht erkennbar. Ina Ruck hat die wesentlichen inhaltlichen Aspekte zu Syrien an jenem Mittwoch, dem 30. Dezember 2015, nachrichtlich korrekt wiedergegeben.

Ich hoffe, dass ich Ihnen mit meinem Schreiben die Grundsätze des Programmbeschwerdeverfahrens verdeutlichen konnte und Sie die Überlegungen, die in Ihrem Fall zu meinem Bescheid geführt haben, nachvollziehen können.

Mit freundlichen Grüßen



Tom Buhrow